



Vorlage Nr. 17-O-02-0012
Az.: 02/003210/

Tagesordnungspunkt 17

der öffentlichen Sitzung des Ortsbeirates des Ortsbezirkes Wiesbaden Westend/Bleichstraße am 8. Februar 2017

Stickstoffdioxid-Belastung im Westend

Antrag der Fraktion DIE LINKE:

1. Der Magistrat wird aufgefordert, alle Maßnahmen umzusetzen, die die Stickstoffdioxid-Belastung durch Diesel-Fahrzeuge im Ortsbezirk Westend/Bleichstraße reduzieren hilft.
2. Das beschlossene LKW-Durchfahrtsverbot soll zügig umgesetzt werden.
3. Die Wiederbelebung der Aartalbahn und die Einführung einer City-Bahn mit Nachdruck voran zu treiben.
4. Ein zeitlich befristetes Dieselfahrverbot soll geprüft werden.

Begründung:

Der Ortsbeirat Westend/Bleichstraße begrüßt die jüngste einstimmige Beschlussfassung des Ortsbeirats Rheingauviertel/Hollerborn unter dem Titel „Maßnahmen zur Senkung der Stickstoffdioxid-Belastung.“

Eine von Greenpeace veröffentlichte Studie zur Stickstoffdioxidbelastung der Wiesbadener Luft kommt zu dem Ergebnis, dass an vielen Messpunkten in der Stadt die Grenzwerte überschritten werden. Auch im Westend sind in der Emser Straße, in der Dotzheimer Straße und auf dem Bismarckring die Belastungen durch Stickstoffdioxid besonders hoch. Die EU hat bereits im Jahr 1999 festgelegt, dass die Belastung mit Stickstoffdioxid im Jahresdurchschnitt 40 Mikrogramm pro Kubikmeter Luft nicht mehr überschreiten soll. Seit 2010 sind die Grenzwerte für alle Mitgliedsstaaten rechtsverbindlich. Vor allem Dieselfahrzeuge tragen zur hohen Schadstoffbelastung bei. Spätestens der VW-Abgasskandal zeigte, dass etliche Diesel-Autos deutlich mehr Stickoxide ausstoßen als erlaubt.

Die Atemgifte, deren Hauptquellen Kraftfahrzeugverkehr sind, können zu chronischem Husten, Bronchitis, Asthma, Entzündungen oder Lungenkrebs führen. Vorbelastete Menschen, Kinder und Jugendliche sind besonders gefährdet. Nach einer neueren Studie des Helmholtz-Zentrums kann Luftverschmutzung sogar zum vermehrten Auftreten von Insulin-Resistenzen führen, einer Vorstufe der Diabetes. Die gesundheitlichen Auswirkungen dürfen nicht länger ignoriert werden.

Der Magistrat muss jetzt endlich handeln, damit die Grenzwerte flächendeckend eingehalten bzw. unterschritten werden.

Beschluss Nr. 0017

1. Die Ziffern 2 und 3 des Antrages der Fraktion DIE LINKE werden antragsgemäß beschlossen.
2. Die Ziffern 1 und 4 des Antrages der Fraktion DIE LINKE werden abgelehnt.

+

+

Verteiler:

Dezernat II z.w.V.

Wild
Ortsvorsteher